

Jahresversammlung des ASA-Bundesverbandes

Dienstag, 03. Mai 2022, 11:00 Uhr

Hotel Maximilian´s

Maximilianstr. 40, 86150 Augsburg

Wirtschaftlicher Perspektiven vor dem Hintergrund
der aktuellen Krisen und Herausforderungen

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung und die Gelegenheit, hier zu sprechen.

Ich bin heute sehr gern zu Ihnen gekommen, denn meine Organisation und die Ihre haben viel gemeinsam. Wir sind beide bodenständig, basisnah und bayerisch geprägt – selbstverständlich mit bundesweitem Anspruch.

Von den mittlerweile 154 Mitgliedsverbänden, die sich unter dem Dach der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft zusammenfinden, sind mehr als ein Drittel Bundesverbände. Und wir sehen, Ihr Verband ist da für uns ein Beispiel, es ist durchaus noch Luft nach oben! Es hat Deutschland übrigens noch nie geschadet, wenn es auf die Stimme Bayerns gehört hat!

Meine Damen und Herren,

mehr denn je braucht die Wirtschaft in dieser Zeit eine starke Stimme. Denn wir sind gerade

einem Härtetest ausgesetzt – einem Härtetest für Verbände, Unternehmen, Branchen und die deutsche Wirtschaft insgesamt.

Wir dürfen ja nicht vergessen: Das goldene Konjunkturjahrzehnt war bereits vorüber, als uns vor zwei Jahren Corona mit voller Wucht getroffen hat. Und schon damals stand uns ein gewaltiger Kraftakt bevor, den wir bei der vbw als dreidimensionale 3-D-Herausforderung bezeichnen.

- Die **Dekarbonisierung**, bei der wir die schwierige Transformation zum klimaneutralen Industrieland hinbekommen müssen.
- Die **Digitalisierung**, wo wir die damit verbundenen Möglichkeiten und Wachstumschancen dringend nutzen müssen.
- Und schließlich die **Demografie**, die die sozialen Sicherungssysteme weiter unter

Druck setzt und den Fachkräftemangel verschärft.

Mit jedem einzelnen dieser drei D wären wir schon schwer beschäftigt. Die vor uns liegende Herkulesaufgabe ist es aber, ausgerechnet jetzt diese großen Herausforderungen anpacken und bestehen zu müssen.

Fakt ist: Die Wirtschaft befindet sich seit mehr als zwei Jahren im Krisenmodus. Zwar sind die Corona-Auflagen mittlerweile weitestgehend weggefallen. Fakt ist aber auch, dass wir das Vor-Corona-Niveau wirtschaftlich noch nicht wieder erreicht haben. Das heißt, dass der russische Angriffskrieg in der Ukraine mit allen seinen Folgen auf eine durch die Pandemie geschwächte Wirtschaft trifft.

Bereits vor dem grausamen Krieg in der Ukraine gab es

- die Omikron-Variante,
- eine steigende Inflation

- und einen allgemein bestehenden Materialmangel.

All das wirkt wachstumsdämpfend: Die volkswirtschaftlichen Institute haben ihre Wachstumsprognosen für Deutschland bereits nach unten korrigiert – der Sachverständigenrat von +4,6 Prozent auf +1,8 Prozent. Die Bundesregierung hat ihre Prognose kürzlich +3,6 auf +2,2 Prozent abgesenkt.

Was hat der Krieg für die Wirtschaft verändert? Ich will ein paar wenige Punkte nennen, die auf einer von uns durchgeführten Umfrage beruhen. Daran haben sich mehr als 1.100 bayerische Unternehmen mit insgesamt über einer Million Beschäftigten beteiligt, so dass wir guten Gewissens von einer repräsentativen Befragung sprechen können.

Als erstes Ergebnis will ich festhalten: Der russische Angriffskrieg betrifft viele Betriebe unmittelbar. Jedes zehnte Unternehmen

unterhält – mit ungewisser Zukunft – einen Produktions-, Vertriebs- oder Servicestandort in Russland, der Ukraine oder Belarus.

Ein Viertel der befragten Unternehmen berichtet von gestörten Lieferketten, in der Industrie sind es sogar bis zu 38 Prozent. Betroffen ist hier, wie wir in den vergangenen Wochen erlebt haben, vor allem die Automobilindustrie wegen fehlender Zulieferungen von Kabeln und Kabelbäumen aus der Ukraine.

Die mit Abstand stärksten Beeinträchtigungen stellen aber die Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen dar. Unabhängig von der Branche haben damit bereits drei von vier Unternehmen zu kämpfen.

Auch wenn die Energiepreise zwischenzeitlich wieder nachgegeben haben: Vor allem für die energieintensiven Industrien ist diese Entwicklung überaus dramatisch!

Die alles überlagernde Herausforderung dieser Tage ist also die Preisentwicklung und Sicherheit unserer Energieversorgung.

Meine Damen und Herren,

hier geht es für die Unternehmen wirklich ans Eingemachte!

Wie Sie wissen, sind wir derzeit vom russischen Gas, dem russischen Öl und der russischen Kohle noch in hohem Maße abhängig.

Bei der Kohle tritt das beschlossene EU-Embargo im August in Kraft, ein Ölembargo ist in Brüssel in Vorbereitung. Sowohl zu russischer Kohle als auch zum russischen Erdöl gibt es am Weltmarkt jedoch Alternativen, die – das ist der Haken daran – allerdings sehr teuer sind.

Entscheidend: Die Gasfrage

Noch düsterer sind die Perspektiven beim Erdgas, wo ja ebenfalls ein Embargo im Raum steht. Bis wir hier unabhängig von russischen

Lieferungen sein können, werden mindestens noch zwei bis drei Jahre ins Land ziehen.

Damit ist klar: Die Gasfrage ist für die Unternehmen das alles Entscheidende.

Die Situation war zwischenzeitlich extrem angespannt. Am 18. März – dem Tiefpunkt – waren in Deutschland die Speicher nur zu 24,2 Prozent gefüllt. Seitdem – das ist die gute Nachricht – füllen sie sich stetig. Der Speicherstand liegt inzwischen bei 33 Prozent.

In Süddeutschland haben wir dagegen nur einen Speicherstand von 17 Prozent. Eine wesentliche Ursache ist, dass ein bayerischer Speicher in Österreich liegt. Der Speicher Haidach gehört zu zwei Drittel Gazprom und ist leergefegt.

Österreich hat sich bisher als nicht zuständig betrachtet, weil das Gas dort nicht für den österreichischen Markt bestimmt ist. Hier muss politisch Druck gemacht werden, damit es zeitnah zu einer Lösung kommt.

Klar ist: In Bayern bestehen beim Gas besonders große Herausforderungen. Es muss unbedingt gelingen, die Speicher in Süddeutschland wieder aufzufüllen. Jeder Tag, an dem dies möglich ist, zählt und muss genutzt werden.

Meine Damen und Herren,

unsere Devise muss hier sein: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not! Der nächste Winter kommt bestimmt, und es könnte ein schwieriger Winter werden!

Käme es zu einem teilweisen oder vollständigen Stopp der Gaslieferungen aus Russland, würde es für die Wirtschaft sehr schnell sehr kritisch werden.

Ich will an dieser Stelle nur ein paar wenige Ergebnisse unserer Umfrage nennen: Fiele Erdgas kurzfristig aus, müssten 22 Prozent der Unternehmen ihre Produktion beziehungsweise Geschäftstätigkeit einstellen. Bei den

energieintensiven Betrieben wäre es sogar jedes dritte Unternehmen.

Weitere 17 Prozent wären in hohem Maße betroffen, vier Prozent in mittlerem Ausmaß. Im Schnitt befürchten diese Unternehmen einen Umsatzrückgang von 40 (!) Prozent!

Hinzu kommt, dass vielen Unternehmen im Moment noch der Überblick fehlt, wo über alle Stufen hinweg in ihren weitverzweigten Lieferketten und Teilen überall Erdgas zum Einsatz kommt. Möglicherweise ist die Betroffenheit der Unternehmen sogar noch größer, als dies unsere aktuelle Umfrage widerspiegelt.

Der Umstieg von Gas auf andere Energieträger ist kompliziert: Erneuerbare Gase – vor allem Biomethan auf Basis von Biomasse oder Wasserstoff – wäre die einfachste Lösung. Das sagen uns die von uns befragten Unternehmen

ganz klar. Allerdings ist Biomethan kurzfristig nicht in ausreichender Menge verfügbar.

Dann bleibt vor allem der Umstieg auf Strom. Das ist allerdings nicht einfach. Wir sind gerade dabei, zusammen mit der Stromwirtschaft bei ausgewählten Musterbetrieben Lösungen zu finden, die dann breit auf Unternehmen übertragbar sind.

Ich will aber noch einmal festhalten: Als Stimme der bayerischen Wirtschaft blicken wir mit allerhöchster, extremster Sorge auf das beschriebene Szenario.

Meine Damen und Herren,

emotional läge es natürlich nahe, alles zu tun, um Putin zu stoppen oder ihm die Finanzierung seines barbarischen Krieges zu erschweren – auch mittels eines Gasembargos. Die Vernunft, von der wir uns gerade in diesen aufgewühlten Zeiten leiten lassen sollten, rät uns aber eindringlich davon ab.

Denn klar ist: Käme demnächst kein Erdgas aus Russland mehr zu uns ins Land, hätte dies eine Rezession zur Folge. Und ebenso klar ist, dass eine schwächelnde Wirtschaft die ohnehin schwierige Lage in unserem Land noch deutlich verschlechtern würde.

Wir brauchen eine stabile Wirtschaft und einen stabilen Arbeitsmarkt, wenn wir die Ukraine weiter unterstützen und den Druck auf Russland aufrechterhalten wollen. Denn Fakt ist: Nur eine starke Wirtschaft kann in der Krise helfen!

Ich kann daher nur begrüßen, dass die Bundesregierung hier ebenso wie die Bayerische Staatsregierung bislang standhaft geblieben ist und ein Gasembargo gegenüber Russland ablehnt.

Meine Damen und Herren,

wir dürfen uns mit den Sanktionen nicht am Ende selber am meisten schaden. Deshalb kann ich nur immer wieder mahnen: Finger weg von

einem Gasembargo – die Folgen wären für unser Land katastrophal!

Wir müssen uns jetzt erst einmal so schnell und weit als möglich von der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen befreien.

Deshalb begrüßen wir auch die Anstrengungen, deutlich mehr Flüssiggas aus aller Welt zu beziehen. Schwimmende LNG-Terminals könnten ab dem Winter einen Schub bringen. Derzeit ist LNG auf den Weltmärkten sehr knapp.

Es gilt nunmehr, die Interessen der Industrie im „Notfallplan Gas“ zu verankern.

Derzeit werden im Notfall, also bei Gasknappheit, nur private Gaskunden und „soziale Dienste“ (insbesondere Krankenhäuser) geschützt bzw. vordringlich bedient. Die gewerbliche Wirtschaft wird nach aktuellen Regelungen sogar als erstes abgeschaltet, um den Verbrauch zu drosseln.

Momentan findet eine Abfrage der Bundesnetzagentur unter den 2.500 größten Energie verbrauchenden Unternehmen in Deutschland statt. Damit will die Bundesnetzagentur ein besseres Gefühl für eine denkbare Krisensituation erhalten, die hoffentlich nicht eintritt.

Meine Damen und Herren,

fest steht: Wir brauchen hier ein differenziertes System, das auch besonders betroffene Industriebranchen aufnimmt und schützt.

Dringend notwendig wäre auch, die noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke temporär weiter zu betreiben. Denn dadurch könnten wir Gas, das aktuell für die Stromproduktion verwendet wird, einsparen.

Es ist daher nur schwer zu begreifen, dass die Bundesregierung diese Möglichkeit offenbar nicht ernsthaft in Betracht zieht. Denn Tatsache ist nun einmal, dass eine Laufzeitverlängerung

der Kernkraftwerke einen deutlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten würde.

Positiv ist aber, dass es zumindest eine Re-Aktivierung von Kohlekraftwerken gibt. Denn das auf diese Weise eingesparte Gas brauchen wir dringend für die Haushalte und die Industrie.

Ich will an dieser Stelle aber auch ganz klar festhalten: Wir dürfen uns gerade auch mit Blick auf unsere Abhängigkeit von Russland keinesfalls von unserem energiepolitischen Weg abbringen lassen.

Dieser Weg ist der ambitionierte Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie sind in jeder Hinsicht die sauberste Lösung, und deshalb müssen wir bei ihrem Ausbau in Anbetracht der neuen Gegebenheiten gewaltig aufs Tempo drücken!

Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht außer Acht lassen: Strom aus Erneuerbaren

Energien ist günstig, und wir können ihn überdies im eigenen Land erzeugen!

Die Bundesregierung hat mit dem so genannten „Osterpaket“ hier einen guten Schritt für den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien getan. Und auch die Abschwächung der 10H-Regel in Bayern ist positiv zu sehen. Wichtig ist aber vor allem, dass wir in Bayern mit dem Leitungsbau weiter vorankommen!

Neben den beschriebenen Maßnahmen zur Versorgungssicherheit brauchen wir in der aktuellen Situation auch eine weitere Entlastung bei den Energiekosten. Die Entlastungspakete der Bundesregierung gehen hier nicht weit genug.

Wir brauchen zudem für die Unternehmen

- ein temporäres Aussetzen der Energiesteuer bis Ende des Jahres (dem Nachfolger der alten Mineralölsteuer),

- eine Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtliche Minimum
- und auch ein Aussetzen des nationalen CO2-Preises wäre wünschenswert.

Damit ist es aber nicht getan. Wir brauchen weitere generelle Unterstützungsmaßnahmen für jene Betriebe, die die Krise ansonsten möglicherweise nicht überleben werden. Das von der Bundesregierung geplante Hilfspaket ist hier ein erster wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen.

Das Paket basiert bisher vor allem auf Kredithilfen. Sollte ein Gasembargo kommen, würde das wohl nicht reichen. Dann sind Eigenkapitalhilfen eher gefragt.

Meine Damen und Herren,

von Bundesaußenministerin Baerbock stammt der Satz: *„Wenn die Welt eine andere ist, muss auch die Politik eine andere sein.“* Dies umreißt eindringlich die neuen Herausforderungen für

die Regierenden in Berlin angesichts der von Russland herbeigeführten Zeitenwende.

Jetzt ist nicht die Zeit in Deutschland, „Wünsch Dir was“-Projekte aus Wahlprogrammen anzugehen oder im Koalitionsvertrag vereinbarte soziale Wohltaten zu realisieren. Jetzt kommt es vielmehr entscheidend darauf an, sich auf das für unser Land gerade Wesentliche zu konzentrieren.

Was braucht die Wirtschaft über staatliche Hilfen hinaus noch, um diese kritische Phase zu überstehen?

Ich meine, die Antwort ist recht simpel: Wer Unternehmen und Arbeitsplätze retten und Wachstumskräfte freisetzen will, darf der Wirtschaft keine neuen Fesseln auferlegen.

Zur Wahrheit gehört jedoch: Selbst während der Pandemie sind die bürokratischen und kostenseitigen Belastungen für die Unternehmen weiter angewachsen. Hier muss

endlich ein Stoppschild gesetzt werden, und dieses Stoppschild kann nicht groß genug sein!

Wir brauchen dringend ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft als Update für den Koalitionsvertrag. Als Bayern wissen wir: Mit einem schweren Rucksack auf dem Rücken geht es nicht gut bergauf! Wenn die Politik die Wirtschaft wieder flott machen will, darf sie ihr nicht weiter Steine in den ohnehin beschwerlichen Weg zum Aufschwung legen.

Dass bedeutet etwa:

- Kein Anstieg der Lohnzusatzkosten auf über 40 Prozent.
- Kein Tariftreuegesetz auf Bundesebene.
- Keine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung.
- Aussetzen des Lieferkettengesetzes.

- Keine weiteren Zusatzbelastungen durch die europäische Sustainable-Finance-Regulierung.

All das wäre ungeheuer wichtig, wenn wir die Krise meistern und den Härtetest bestehen wollen, von dem ich eingangs bereits gesprochen habe!

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch ein aktuelles Thema ansprechen, das uns als vbw und mir ganz persönlich sehr am Herzen liegt: Die Integration der ukrainischen Kriegsflüchtlinge.

Das ist nicht nur eine große staatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch wir sehen uns hier in der Pflicht: Wirtschaft hilft, wo Wirtschaft helfen kann!

Zu unseren Werten gehört es, den Menschen aus der Ukraine mit unserer vollen Kraft zur Seite zu stehen.

Unsere Organisation engagiert sich seit 2015 gezielt für die Integration von Geflüchteten. Wir haben viel Erfahrung gesammelt. Darauf aufbauend können wir nun schnell und vor allem zielgerichtet Lösungen anbieten.

Die Geflüchteten, die mittel- und längerfristig bei uns bleiben, müssen sich eine neue Existenz aufbauen und brauchen dafür eine Perspektive. Der Weg in die Gesellschaft funktioniert über die Integration in den Arbeitsmarkt. Das ist unsere Überzeugung als vbw und meine persönliche, feste Überzeugung ebenso.

Hier in Bayern haben wir Ende März in enger Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung und der Arbeitsverwaltung eine Initiative namens „sprungbrett into work für geflüchtete Menschen aus der Ukraine“ gestartet. Sie finden die Initiative unter: www.ukraine.sprungbrett-intowork.de

Auf unserer Plattform bringen wir die Arbeitsangebote der Betriebe mit den Interessen und Fähigkeiten der Geflüchteten zusammen.

Letzten Freitag haben wir eine Zwischenbilanz veröffentlicht: Bei der Initiative haben sich bisher 948 bayerische Unternehmen registriert und es wurden 1.855 Stellenanzeigen geschaltet. Aktuell wurden bereits 261 Hotline-Beratungen durchgeführt.

Meine Damen und Herren,

unser gemeinsamer Anspruch muss es sein, einen sicheren Platz zum Leben und Arbeiten für Geflüchtete zu schaffen. Das gehört zu unseren Vorstellungen von einer sozialen Marktwirtschaft und ihrem Versprechen, Wohlstand für alle zu ermöglichen.

Ihre Organisation leistet einen wichtigen Beitrag dazu. Die im ASA-Bundesverband vertretenen Unternehmen sind produktiv, innovativ und

kreativ. Sie sind also mit dem richtigen
 Werkzeug ausgerüstet, um auch die aktuelle
 Krise zu meistern und die anfangs beschriebene
 3D-Herausforderung zu bestehen.

Ich wünsche Ihnen allen dabei viel Erfolg und
 ihrer Jahresversammlung hier in Augsburg einen
 guten Verlauf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!